

Nr. 278 | 06.07.2021

Polen-Analysen

Die politische Bühne in Polen während der Corona-Krise

■ ANALYSE	
Pandemie und Pandämonium – Erschütterungen der politischen Bühne in Polen während der Corona-Krise Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau	2
■ UMFragen	
Bewertungen der Tätigkeit von Fraktionen, Parlament und Präsident	8
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen (Stand: 05. Juli 2021)	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 15. Juni – 05. Juli 2021	19
■ CHRONIK	
15. Juni – 05. Juli 2021	20

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, den 7. September 2021. Die Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.

Pandemie und Pandämonium – Erschütterungen der politischen Bühne in Polen während der Corona-Krise

Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau

DOI: 10.31205/PA.278.01

Zusammenfassung

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie befindet sich die polnische Innenpolitik in einer außerordentlichen Anspannung, die sich nicht allein auf die wirtschaftliche und gesundheitliche Lage in Polen unter Corona-Bedingungen zurückführen lässt. Eine Reihe von Entscheidungen hatte zur Folge, dass das Regierungslager und die Opposition ins Schwanken gerieten. Trotzdem lässt sich das allgemeine Kräfteverhältnis als Gleichgewicht beschreiben und kann jede Seite auf den Sieg zählen, auch wenn bisher keine ein deutiges Übergewicht erlangt hat.

Der Beginn der zweiten Sommerferien in der Corona-Pandemie ist ein guter Zeitpunkt, um Revue passieren zu lassen, was in den letzten anderthalb Jahren in der polnischen Politik geschehen ist. Die Ereignisse von Ende Juni/Anfang Juli 2021 hätten Anfang 2020 als revolutionär gegolten – die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) hat die parlamentarische Mehrheit im Sejm verloren, die Ankündigung, dass der Europaabgeordnete Donald Tusk aus den Reihen der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) als Oppositionsführer in die polnische Politik zurückkehrt, wurde Realität. Doch heute machen diese Ereignisse keinen besonderen Eindruck mehr. In den vergangenen 16 Monaten haben wir so viele außergewöhnliche Situationen und ein solches Stimmungskarussell erlebt, dass nun alle Veränderungen mit Vorsicht behandelt werden. In ihnen unwiderrufliche Entwicklungen zu suchen, wäre verfrüht. Man kann die Ereignisse allerdings als Beweis für eine spezifische paradoxe Eigenschaft des polnischen politischen Systems betrachten – das vorhersehbare Hin- und Herschwanken. Die ganze Konstruktion dieses Systems erinnert an moderne Gebäude in Erdbeben gefährdeten Gebieten: Sie wanken bei Erschütterungen, sind aber in ihren Grundfesten nicht betroffen. Doch obgleich sich die Basiskonstruktion stabil hält, kommt es nach vielen Stößen zu ungeplanten Ummöblierungen in allen Bereichen.

Die Hauptkomponenten der Situation haben sich nicht verändert. Die politischen Organe sind stabil geblieben, an der Spitze stehen immer noch Andrzej Duda als Präsident und Mateusz Morawiecki als Ministerpräsident. Versuche der Opposition, Minister mit Schlüsselfunktionen abuberufen, waren erfolglos. In detaillierten gesellschaftlichen Analysen wird die Festigkeit der Trennungslinien sichtbar. Es ließe sich annehmen, dass die polnische Politik ähnlich wie die polnische Wirtschaft aus der Pandemie hervorgeht, das heißt in einer deutlich besseren Verfas-

sung als noch zu Anfang der Corona-Krise vorhergesagt wurde.

Allerdings lässt sich bei genauerer Betrachtung der Situation eine Reihe von Veränderungen feststellen, die vielleicht nicht revolutionär, aber bedeutsam sind. Die Akteure des Dramas sind genau dieselben wie am Anfang der Pandemie, aber das Zusammenspiel der gegenseitigen Emotionen, Sympathien, Strategien und Pläne hat sich bereits verändert.

Der Stand der Dinge

Der Verlust der parlamentarischen Mehrheit aufseiten der *PiS*-Fraktion (nun 229 Mandate gegenüber 231 Sitzen aller anderen Abgeordneten) hängt stark mit der allgemeinen Schwäche des Regierungslagers zusammen. Die Unterstützung für die *PiS* in den Umfragen sank gegenüber dem Jahr 2019 deutlich, sowohl im Vergleich zu den Ergebnissen vor als auch nach den Parlamentswahlen im Herbst 2019, die den Machterhalt der *PiS* ermöglichten. Im für die Regierung schlimmsten Fall fiel die Zustimmung um ein Drittel im Vergleich zum Höhepunkt vor den Sejmwahlen 2019, die der *PiS* und ihren Bündnispartnern die absolute Mehrheit einbrachten. Heute oszilliert die Zustimmung auf einem Niveau von zehn Prozentpunkten weniger als vor zwei Jahren. Das ist eine Rückkehr zu der Situation im Jahr 2017, als die Hälfte der damaligen Wahlperiode vorbei war. Die Veränderung ist also sehr deutlich. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, dass die Parteien in Polen die Möglichkeit haben, Umfrageverluste im Laufe ihrer Regierungszeit auch wieder aufzuholen. Allerdings ist das sicherlich mit jedem Mal schwieriger. Auch wenn es gelingt, das frühere Niveau wiederzuerlangen, hält das gewöhnlich nicht allzu lange an, wie bei der *PO* zu sehen war.

Auch im Regierungslager kam es zu wesentlichen Veränderungen. *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński wurde in die Regierung als stellvertretender Ministerpräsident aufgenommen, um den Zusammenhalt der

Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) zu retten. Zwar scheint diese Lösung weder von Dauer zu sein noch etwas in der Konstellation der Regierung selbst zu verändern, doch ist sie Ausdruck der außergewöhnlichen Situation. Eine sehr wichtige Veränderung im Vergleich zur Lage vor zwei Jahren ist das Ausmaß der Spannungen im Regierungslager, das von der *PiS*, der Partei Solidarisches Polen (*Solidarna Polska*) von Justizminister Zbigniew Ziobro und der Partei Verständigung (*Porozumienie*) von Entwicklungsminister Jarosław Gowin gebildet wird. Allgemein verbreitet sind Kommentare, dass das Regierungsbündnis schon vollkommen rissig ist, und die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Starts in den nächsten Wahlen wird in Zweifel gezogen. Diese Diagnosen scheinen ein Symptom der bestehenden heftigen Unruhe sein, und tatsächlich fehlt in den Äußerungen der jeweiligen Akteure gegenüber den anderen bereits vollständig die diplomatische Zurückhaltung, was auf einen umfassenden Mangel an Loyalität und Misstrauen gegenüber den Koalitionspartnern hinweist. Das Bündnis wirkt unbeständig und so, als würde es sich allein aufgrund mangelnder Alternativen aufrecht erhalten sowie des fernen Termins der nächsten Wahlen (2023), die seine unvermeidliche Überprüfung bedeuten.

Auch Versuche, Vizeministerpräsident Jarosław Gowin, Parteivorsitzender von Verständigung, zu verdrängen, werden die ganze Zeit aufmerksam verfolgt. Jarosław Kaczyński unterstützt offen die Abtrünnigen beim ungeliebten Koalitionspartner. Die Initiative von Adam Bielan, einem der Politiker von Verständigung, und einem Teil der Gründungsmitglieder dieser Partei ist eindeutig darauf ausgerichtet, Gowin aus der Regierung zu schieben. Das ist ein Signal, das die wachsenden Probleme des Regierungslagers anzukündigen scheint. Ähnlich gestaltete sich die Situation Gowins in der Regierung von Donald Tusk (*PO*). Gowins Herausdrängen aus der *PO*-Regierung in den Jahren 2013/14 ging den späteren Wahlniederlagen der *PO* voraus.

Theoretisch hat die *PiS* die Möglichkeit, eine alternative Mehrheit zu bilden. So haben sich bereits bei einigen Abstimmungen Mehrheitsverhältnisse anders zusammengesetzt. Jarosław Kaczyński sucht die Verständigung mit Abgeordneten, die zum sogenannten »Plankton« gehören. Gemeint sind kurzlebige Konstellationen von Personen, die infolge von parteiinternen Konflikten aus den größeren Parteien ausgeschieden sind, zum Beispiel mit den Überlebenden der einst starken Antiestablishment-Bewegung *Kukiz '15* (nach ihrem Parteigründer Paweł Kukiz). Auch die kleinste Partei, die Konföderation (*Konfederacja*) mit einer starken Antisystem-Färbung, gehört zu den Teilnehmern dieses Spiels. Insgesamt lässt sich die Erschütterung der parlamentarischen Basis der Regierung nicht mehr abstreiten. Sie ist eine

Folge der sinkenden Autorität von Jarosław Kaczyński in seiner eigenen Partei sowie der Konflikte und Krisen, die seit Beginn der Corona-Pandemie aufgetreten sind.

Diese Ereignisse beeinflussten auch die interne Lage der Opposition, wenn dies auch zunächst nur in Umfragen sichtbar wird. Wenn die *PiS* die Situation von 2017 wiedererlebte, als sie ein Umfragetief gehabt hatte, kehrte die *PO* zum Zustand von 2016 zurück, als sie auf den dritten Platz zurückgefallen und von der neuen Oppositionspartei Die Moderne (*Nowoczesna*) überholt worden war. Diese Situation war nicht von Dauer und ein Jahr später gelang es der *PO*, die Rolle des Oppositionsführers wiederzuerlangen. Heute wird die *PO* von der neuen Gruppierung von Szymon Hołownia, Polen 2050 (*Polska 2050*), überholt. Sie stellt aber wie vor fünf Jahren immer noch die größte Fraktion in der Opposition und hat im Vergleich zu den anderen landesweit vertretenen Parteien die stärkste Repräsentanz in der lokalen Selbstverwaltung, insbesondere in den größten Städten. Zudem übernimmt sie in der Hälfte der Woiwodschaftslandtage die Regierungsverantwortung, zusammen mit ihrem Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), die auch ihr Partner in der Europäischen Volkspartei (EVP) ist, sowie mit geringer Unterstützung der Linken (*Lewica*).

Auf dem linken politischen Flügel fand eine teilweise Vereinigung statt: Die alte linke Partei Demokratische Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) hat sich mit Frühling (*Wiosna*) von Robert Biedroń, einer Initiative aus dem Jahr 2019, zur Neuen Linken (*Nowa Lewica*) zusammengeschlossen. Die Vereinigung umfasst nicht die Partei Gemeinsam (*Razem*), die selbstständig bleibt, aber relativ einvernehmlich mit den anderen linken Parteien tätig ist. Ein Bestandteil dieser Zusammenarbeit sind die wachsenden Spannungen in Bezug auf die größte Oppositionspartei im Parlament, die *PO*. Sie traten insbesondere bei der Abstimmung im Sejm über den Europäischen Wiederaufbaufonds (der eine Reaktion auf die Folgen der Corona-Krise ist) zutage, als die Linke mit dem Regierungslager stimmte und die *PO* sich enthielt. Doch trotz wachsender Spannungen ist es keineswegs die Linke, welche die *PO* am meisten bedroht. Eine Gefahr ist für die *PO* vielmehr die Initiative Polen 2050. Sie war die Idee des unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Szymon Hołownia und trat kurz vor der Corona-Pandemie auf den Plan. Der Start bei den Präsidentschaftswahlen brachte Hołownia keinen Erfolg, zumindest nicht der Art, dass er in den zweiten Wahlgang kam, denn er wurde vom Kandidaten der *PO*, Rafał Trzaskowski, deutlich überholt. Heute allerdings ist Hołownia der Hauptgewinner der Veränderungen, die nach den Präsidentschaftswahlen eintraten. Noch vor den Wahlen hat er seinen gesellschaftlichen Rückhalt dank effektiver Kommunikation mit Hilfe des

Internets aufgebaut. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Kommunikation mit den Wählern, die nicht in den größten Städten leben. Zurzeit verkörpert Hołownia für viele Wähler die Hoffnung auf Veränderungen. Wenn gleich er – ähnlich wie viele vergleichbare Initiativen zuvor – Absichtserklärungen abgibt, das »Duopol« aus *PO* und *PiS* zu brechen, verfolgt er in der Praxis den Plan, die *PO*, die als stärkste politische Kraft über eine Verdrängungskompetenz gegenüber der *PiS* verfügt, zu ersetzen. Das realistische Szenario scheint allerdings zu sein, dass es um die Initiative von Szymon Hołownia nur zu einer Übereinkunft kommen wird, wobei die anderen Parteien, insbesondere die *PO*, höchstens eine solche Rolle spielen werden, wie einst die *PSL* und die *SLD* im Verhältnis zur *PO* gespielt haben, als sie 2019 vor den Europawahlen die Europäische Koalition (*Koalicja Europejska*) bildeten. Die Stärke von Polen 2050 wurde von einigen Abgeordneten der Opposition vergrößert, die vor allem aus der *PO*, aber auch aus der Linken zu dieser Gruppierung wechselten.

Konkurrenz könnte für Hołownia von Rafał Trzaskowskis Initiative »Campus Polen der Zukunft« (*Campus Polska Przyszłości*) kommen. Trzaskowski versucht, aus dem geschlossenen Kreis des *PO*-Milieus herauszutreten. Seine Initiative wird – ähnlich wie die Rückkehr von Donald Tusk in die heimische Politik und seine Übernahme der Führung in der *PO* – von gegensätzlichen Kommentaren begleitet. Die Lage ist hier unklar, vielleicht sogar noch mehr als die Situation, in der sich das Regierungslager befindet. Zwar ist die höhere Spannung innerhalb der Opposition insofern verständlich, als sie eine ausdifferenziertere gesellschaftliche Basis hat als das Regierungslager. Die Aufgabe der Opposition ist es, sich umzugruppieren und die Kräfte ihrer Einzelparteien zu prüfen. Das braucht die künftige Zusammenarbeit aber nicht so sehr zu erschweren wie die ähnlich gelagerten Spannungen im Regierungslager.

Eine Krise jagt die andere

All diese Risse ergeben sich aus einer ganzen Reihe gewichtiger Krisen, die das politische Leben in Polen in den letzten anderthalb Jahren durchmachte – Angelegenheiten, die sich aus dem Blickwinkel des rationalen Regierens in einer so schwierigen Lage wie der Corona-Pandemie gar nicht hätten ereignen sollen. Sie zeigen, dass das einmal in Gang gesetzte Hin- und Herschwanken die Tendenz hat, sich zu verstetigen, und schwer zu dämpfen ist. Eine Krise bewirkt die nächste, und sogar wenn sie an Bedeutung verloren haben, wirken sie in anderen Ereignissen weiter nach.

Angeführt wird die Liste der Krisen von den Präsidentenwahlen, die für Mai 2020 anberaumt waren, aber nicht durchgeführt wurden. Die Pandemie breitete sich immer weiter aus, während der erste Wahl-

gang bereits auf den 10. Mai terminiert war. Es herrschte eine große Unsicherheit, befördert durch die Medienberichterstattung über den tragischen Pandemieverlauf in Norditalien, sichtbar aber auch in den pandemiebedingten Beschränkungen, die in Polen sehr schnell aufgrund von Regierungsverordnungen eingeführt wurden, sowie im spontanen Verhalten der Gesellschaft (was sich zum Beispiel anhand der öffentlich zugänglichen Datenbank des »Apple Mobility Trend« nachvollziehen lässt). Aus Angst, dass die Zustimmungswerte in künftigen Umfragen aufgrund der pandemiebedingten Wirtschaftskrise sinken würden, entschied Jarosław Kaczyński, dass nichts unternommen werden sollte, um die Wahlen auf einen späteren Termin zu verschieben. Damit zwang er dem Regierungslager sogar gegen die Meinung seines engsten Kreises seinen Willen auf. Seine Sturheit hatte angesichts der kommenden Hindernisse besondere Bedeutung.

Diese ergaben sich vor allem daraus, dass die Organisation der Wahlen in Polen auf den Schultern der Kommunalpolitiker liegt, die in Kenntnis der lokalen Stimmung und unter Beachtung der Anweisungen des Ministerpräsidenten zur Corona-Pandemie öffentlich erklärten, dass sie keine Möglichkeiten sehen, die Wahlen am vorgesehenen Termin durchzuführen. Die Antwort der Regierungspartei war nicht die in einer solchen Situation angemessene Verhängung des Katastrophenfalls, was automatisch eine Verschiebung der Wahlen bedeutet hätte, sondern der Versuch, den Widerspruch der Selbstverwaltung zu umgehen, indem mit Hilfe der Ressourcen des Staatsunternehmens Polnische Post flächendeckend Briefwahlen organisiert werden sollten. Die Versuche, diese Lösung voranzutreiben, gingen damit einher, dass jegliche Standards des Wahlprozederes und der Änderungen des Wahlrechts verletzt wurden. Trotz Kaczyńskis Entschlossenheit wurden die Änderungen auf der einen Seite von Jarosław Gowin sowie ihm treuen Abgeordneten aus seiner Partei Verständigung und auf der anderen Seite durch den Widerstand des Senats (maximale legale Verlängerung des Entscheidungsprozesses) blockiert (die Mehrheit im Senat wird nicht von der *PiS* gestellt).

Im Ergebnis bewirkte Jarosław Kaczyński, der eifrig bemüht war, seine Absicht aus Angst um seine Autorität durchzusetzen, dass diese in seinem eigenen Lager ernsthaft in Frage gestellt wurde. Erst im letzten Augenblick wurde sie durch eine Verkettung rechtlicher Lösungen gerettet, wobei die Staatliche Wahlkommission und das Oberste Gericht eine wesentliche Rolle spielten: Es gelang, einen Ausweg zu finden, der es erlaubte, den ersten Wahlgang auf Ende Juni zu verschieben, in der Hoffnung, dass die Pandemie-Lage dann nicht mehr ein so großes Hindernis darstellen würde. Trotz zahlreicher rechtlicher Bedenken wurden die beiden Wahl-

gänge unter allgemeiner Zustimmung und in einer allgemein akzeptierten Art und Weise im Juni und Juli durchgeführt. Als Belastung wirkten jedoch zwei Faktoren: Der eine war offensichtlich und bestand darin, dass das öffentliche Fernsehen jegliche Standards verletzte, indem es sich für den amtierenden und wieder kandidierenden Präsidenten, der offen mit dem Regierungslager sympathisiert, engagierte und sich deutlich aggressiv gegenüber allen oppositionellen Kandidaten zeigte. Der andere war der außergewöhnliche Einsatz des Staatsapparates für die Mobilisierung der Wähler in den Landesteilen, in denen die Regierungspartei dominiert.

Dabei ging es vor allem um die Mobilisierung der ländlichen Gebiete, die den Gegenpart zu den großen städtischen Zentren darstellen. Die Tatsache, dass der Kandidat der Opposition der Stadtpräsident von Warschau war, unterstrich zusätzlich diese verfestigte Spaltung in der polnischen Politik. Sie wurde von der Regierungspartei kontinuierlich ausgenutzt, während die Opposition keine Ideen hatte, wie sie dagegen vorgehen könnte. Im Gegenteil, ein deutlicher Teil der oppositionellen Basis identifizierte sich mit dieser Einteilung und machte sich nicht bewusst, dass dies der Regierungspartei Auftrieb gibt. Das Bestehen auf die Spaltung, die im Extremfall auf Dorf gegen Metropole hinausläuft, hilft der Opposition in den Städten nicht so sehr, wie es ihr auf dem Land schadet.

Die Wahlergebnisse zeigen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren eine fortschreitende Differenzierung. In Gemeinden unter 10.000 Einwohnern (in denen jeder vierte polnische Wähler lebt) besiegte Andrzej Duda im Jahr 2015 seinen Konkurrenten von der PO im zweiten Wahlgang mit einer Unterstützung von 61:29. In den Präsidentschaftswahlen 2020 stieg die Unterstützung auf 65:35. Auch wenn es sich nicht um ein vernichtendes Übergewicht handelt, ist es der Faktor, der über den Wahlausgang entschied. Die Folge der Regierungszeit der Vereinigten Rechten, die in allen Wahlen zwischen 2018 und 2020 (und insbesondere bei den Präsidentschaftswahlen) zutage trat, war die zunehmende Mobilisierung derjenigen Wähler, die an den Rand gedrängt und im Mainstream der Massenkultur schlechter dargestellt werden.

Auf der einen Seite mündete die Krise, ausgelöst durch die zunächst im Mai anberaumten Präsidentschaftswahlen, zwar nicht in eine logistisch-politische Katastrophe, wie es zeitweilig schien. Auf der anderen Seite aber erschwerte es der Wahlsieg des amtierenden Präsidenten dem Regierungslager, die Probleme zu verstehen, zu denen Jarosław Kaczyńskis persönliche Position in Kombination mit seiner irrationalen Sturheit führen können.

Eine weitere Initiative von Jarosław Kaczyński war das Tierschutzprogramm »Fünf für die Tiere«. Mit ihr

sollte der Kontakt zur Wählerschaft der Mitte wieder aufgenommen werden. Aufgrund der internen Spannungen in der Regierungskoalition schlug sie allerdings vollkommen fehl. Das wichtigste Ereignis im Herbst 2020 war der Urteilsspruch zum Abtreibungsrecht. Er erfolgte durch das Verfassungstribunal, das von Anhängern der Regierungspartei dominiert wird. Nach Meinung vieler Kommentatoren handelte es sich um einen Versuch, die durch die Tierschutzinitiative hervorgerufenen Konflikte zu besänftigen. Das Urteil, das das Abtreibungsrecht verschärft, indem es legale Abtreibungen nur bei Schwangerschaften zulässt, die aus einer Straftat hervorgingen oder die Gesundheit und das Leben der Mutter gefährden, hatte jedoch Massenproteste zur Folge, wie es sie in Polen bisher noch nicht gegeben hatte. Sie fielen in die Zeit der zweiten Pandemie-Welle. Die Rückkehr der Pandemie in einem deutlich stärkeren Ausmaß als im Frühjahr und die offenkundigen Versäumnisse vonseiten der Regierung führten zu einem Rückgang bei den Zustimmungswerten.

Parallel dazu kam es zu einem Streit im Regierungslager, der mit der Regierungsumbildung nach den Präsidentschaftswahlen und dem Konflikt um den europäischen Wiederaufbaufonds zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie verknüpft war. Die Regierungsumbildung im Herbst bedeutete den Eintritt von Jarosław Kaczyński in die Regierung in der Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie die Rückkehr von Jarosław Gowin, der im Zuge des Streits um den Termin der Präsidentschaftswahlen die Regierung verlassen hatte. Beide Schritte brachten aber nicht die erwartete Beruhigung der Lage. Die internen Spannungen wurden zu einem chronischen Zustand.

Die Idee der Regierungspartei, wie man aus den anderthalb Jahren Krisenmodus herauskommen könnte, war schließlich das Wirtschafts- und Sozialprogramm »Polnische Ordnung« (*Polski Ład*). Vorgeschlagen wird, u. a. die finanziellen Belastungen der Bürger und Unternehmen neu zu regeln und die EU-Finanzhilfen zur Überwindung der Corona-Pandemie für innovative Entwicklungen einzusetzen. Wie bisher, kam es auch hier zu keinen spektakulären Folgen in puncto politisches Marketing. Es lässt sich heute noch nicht sagen, ob das Programm irgendwelche realen gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen mit sich bringen wird. Die Instabilität des Regierungslagers ist hier sicherlich nicht hilfreich.

Darüber hinaus kam es die ganze Zeit zu weiteren kleineren Erschütterungen, die die Aufmerksamkeit der Medien und der Politik fesselten. Zu nennen wäre der Konflikt zwischen dem Regierungslager und dem Leiter der Obersten Kontrollkammer, Marian Banaś, der Unregelmäßigkeiten und Machtmissbrauch in zahlreichen Fällen aufzeigte. Außerdem wurde das Problem der

Wahl des Bürgerrechtsbeauftragten bisher nicht gelöst: Die *PiS* bemühte sich, den von ihr abhängigen Kandidaten durchzubringen, was trotz mehrmaliger Versuche und verschiedener Kandidaten aber an der notwendigen Zustimmung des Senats scheiterte. Spannungen gab es außerdem zwischen der Zentralregierung und der Selbstverwaltung wegen des Regierungsfonds für Lokale Investitionen, da das Regierungslager die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie außergewöhnlich parteiisch verteilte und die Kommunalpolitiker der eigenen Partei bevorzugte, während sie die Gelder für die von der Opposition geführten Selbstverwaltungen maximal beschränkte. Auch die vorgezogenen Stadtpräsidentenwahlen in Rzeszów, der Hauptstadt der Woiwodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie) und einer *PiS*-Bastion, waren von Emotionen begleitet. Nach dem Amtsverzicht des letzten Stadtpräsidenten kam es sowohl zwischen der Zentralregierung und der Opposition als auch in der Regierungskoalition selbst zu Konflikten. Sie endeten mit dem eindeutigen und überraschend hohen Sieg des gemeinsamen Kandidaten der Mitte-Links Opposition. Schließlich wurde es noch laut um die (gehackte) Nutzung des privaten E-Mail-Postfachs für berufliche Zwecke, was den Ministerpräsidenten und seine engste Umgebung betraf.

Alle diese Probleme und Konflikte riefen eine Reihe interner Krisen hervor, die die Aufmerksamkeit sowohl der Regierung als auch der Opposition von der wichtigsten Angelegenheit, der Corona-Pandemie und der Bekämpfung ihrer Folgen, ablenkte. Doch trotz übermäßiger Konzentration auf die Konflikte, gewann keine der Seiten die Überhand.

Nuancen des Gleichgewichtes

Es hat sich ein eigentümliches Gleichgewicht eingestellt. Trotz schwächerer Ergebnisse hält die *PiS* den ersten Platz in den Umfragen, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass in der Opposition immer noch die Karten gemischt werden. Das gemeinsame Umfrageergebnis für die *PO* und die Partei von Szymon Hołownia, Parteien mit einer sehr ähnlichen gesellschaftlichen Basis, ist größer als das der *PiS*. Die Umrechnung der Umfrageergebnisse auf Mandate zeigt, dass die *PiS* keine Chance auf eine absolute Mehrheit im Sejm hat. Ein solches Ergebnis steht nicht in weiter Ferne. Das ergibt sich daraus, dass die Opposition geteilt ist, das polnische Wahlsystem jedoch den größeren Parteien einen umso größeren Preis gibt, je mehr Parteien an der Verteilung der Mandate teilnehmen. Das erwartete Ergebnis der *PiS* kann sich also sehr schnell reduzieren, wenn es vor den Wahlen – wie im Jahr 2019 – doch noch zu einer Einigung der Opposition, und sei es nur teilweise, kommt. Sie könnte dann sehr leicht eine Mehrheit bilden und die *PiS* ablösen.

Eine besondere Bedeutung hat jedoch noch eine andere mögliche Alternative für Polen, die sich aus den Umfrageergebnissen ergibt. Außer den Szenarien, dass das Regierungslager die Mehrheit bekommt oder aber die Parteien, die im Senat die Mehrheit gegen die *PiS* stellen und im zweiten Präsidentschaftswahlgang den Gegenkandidaten Rafał Trzaskowski unterstützen, gibt es noch eine dritte Option. Das Zünglein an der Waage könnte die Partei Konföderation werden, ein relativ neuer Verbündeter der alten, jahrelang marginalisierten Kräfte der Nationalisten und konservativen Antiestablishment-Liberalen. Aufgrund ihrer sehr starken, gegen das linke politische Spektrum gerichteten Rhetorik kann man sie als potentiellen Partner der *PiS* betrachten. Hier ergeben sich allerdings grundsätzliche Fragen nach der Beständigkeit eines solchen Bündnisses. Die letzte Koalition der *PiS* mit Nationalisten und »Systemgegnern« im Jahr 2006, also den Parteien Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) und Selbstverteidigung (*Samoobrona*), war nicht von Dauer und führte zu vorgezogenen Parlamentswahlen mit einer spektakulären Niederlage. Das Bündnis dieser drei Parteien im Rahmen einer Minderheitsregierung im Jahr 2005 mit einer Unterstützung von mehr als der Hälfte der Wähler verlor im Laufe von zwei Jahren jeden dritten Wähler. Die Zustimmung sank landesweit auf zirka ein Drittel. Betrachtet man die Ergebnisse der Wahl des Senats (2019) sowie die Wahlwanderungen beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl (2020), lässt sich feststellen, dass die Wähler der Konföderation – entgegen der Bezeichnung der Partei als radikale Rechte – keineswegs einen selbstverständlichen Rückhalt für die *PiS* darstellen. Als sie die Wahl zwischen einem Kandidaten der *PiS* und der *PO* hatten, teilten sie sich genau hälftig auf.

Dies weist abermals auf das Gleichgewicht auf der politischen Bühne in Polen hin. Die *PiS* hat ein deutlich strukturelles Übergewicht und wird nach wie vor als Hauptvertreterin des weniger begüterten, aber zahlenmäßig stärkeren Teils der Gesellschaft betrachtet. Dieser Teil nimmt zudem in letzter Zeit häufiger an den Wahlen teil. Das Übergewicht wird allerdings von den *PiS*-Politikern infolge ihrer zahlreichen Schwächen teilweise verspielt. Auf der Seite der Opposition besteht die wichtigste Einteilung darin, dass sich die vier größten Oppositionsparteien (ausgenommen die Konföderation) ihren ähnlichen Strategien entsprechend jeweils zu zweit zusammenschließen. Auf der einen Seite stehen die *PO* und Die Linke, die sich mit Lust und Liebe der urbanen Wählerschaft verschreiben und sich als Repräsentanten des aufgeklärtesten Teils der Gesellschaft (das heißt im allgemeinen Verständnis auch des reichsten Teils) positionieren. Auf der anderen Seite stehen Hołownia und die *PSL*, die den Versuch unternehmen, dieser Polari-

sierung entgegenzuwirken, und sich auf den Wähler der Mitte berufen (der für einen Erfolg unerlässlich ist). Sichtbar ist hier allerdings immer die Konkurrenz um dieselbe Wählerschaft.

Das, was für die Beständigkeit der skizzierten Verhältnisse spricht, ist die gesellschaftliche Verwurzelung der jeweiligen Parteien. Verstärkt wird sie außerdem durch die Tatsache, dass die Wähler stark auf die demokratischen Regeln orientiert sind. Weder die Wirtschaft (die beschleunigt wird) ist die Ursache der Probleme noch die pandemiebedingten Veränderungen, auf die sich weite Teile der Gesellschaft flexibel einstellen. Im Grunde ist das größte Problem die Art und Weise des Diskurses. Die Beschreibung der politischen Situation in Polen lässt einen erschrecken. Politik wurde zu einer Art Wrestling. In der stark theatralischen Debatte ist eine der Reaktionen, Unterstützung von außen heranzuziehen, zum Beispiel vom Europäischen Parlament. An der Tagesordnung sind schwerwiegende Argumente der Art, die Demokratie bzw. die Nation zu verteidigen. Zu all dem kommen die in der Debatte vorherrschende Hysterie und Arroganz hinzu.

Wischt man den Schaum, der die Debatten begleitet, weg, kann man die gesellschaftliche Wirklichkeit sehen, die die Grundlage für einen tatsächlichen Machtwechsel ist, und zwar für einen, der nach demokratischen Regeln verläuft. Die Opposition hätte ohne das geringste Problem alle vorangegangenen Wahlen gewinnen können, wenn da nicht ihre internen Spaltungen und die Schwächen und Engherzigkeit ihrer Anführer wären. Genauso könnte die Position der Regierungspartei deutlich besser sein, wären da nicht ihre Spaltung, Schwächen und Engherzigkeit. All das bewirkt, dass das Bild der polnischen Politik von außen betrachtet täuschen kann, insbesondere, wenn Informationen von den aktiv an den Konflikten Beteiligten hinzugezogen werden. Polen in eine Reihe mit Ungarn, ganz zu schweigen von der Türkei oder Russland, zu stellen, ist nicht angemessen. Die Stellung der unabhängigen Institutionen, der autonomen Organe der Gewaltenteilung, der Medien, die Kraft der realen gesellschaftlichen Parteibasen, der Pragma-

tismus der in allen letzten Krisen sichtbar wurde, ist nichts, was Grund für besondere Beunruhigung geben würde. Die toxischen Reaktionen und Träume müssen im Blick behalten werden, sie sind jedoch nichts Außergewöhnliches in Demokratien – Krisen der bisherigen Politik lassen sich auch in Frankreich, Spanien oder Italien feststellen.

Das aktuelle Regierungslager mit allen seinen Fehlschlägen, insbesondere sichtbar im Bereich der Justiz, hat weder Ressourcen noch Ideen, Polen auch nur einen Schritt weiter in Richtung solcher Veränderungen zu führen, wie sie in Ungarn stattfinden. Ebenso wenig geben die Wahlniederlage des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump und die Probleme des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán den Regierenden in Polen Selbstsicherheit.

Es weist viel darauf hin, dass die Rhetorik der außerordentlichen Bedrohung für die Demokratie in Polen immer weniger angemessen ist. Sicher hat das Regierungslager in den letzten anderthalb Jahren viele Fehler und Gemeinheiten in seinem Übermut sowie seinen falschen Einschätzungen und Problemen, die Lage zu erkennen, begangen. Sichtbar wurde dabei aber auch, dass die überwältigende Mehrheit ihrer Absichten fehlschlug. Nicht, weil sie auf den besonders gut organisierten Widerstand der oppositionellen Kräfte trafen – das war nicht der Fall. Sie trafen aber auf den Widerstand der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Bestimmte Gruppen und Institutionen reagieren offenkundig in einer Weise, die eventuellen dauerhaften Veränderungen keine Chance gibt – Veränderungen, die durch Beugen der Regeln zugunsten des Regierungslagers zustande kommen. Daher kann man die vor drei Jahren aufgestellt Diagnose (vor dem vorherigen Wahlzyklus) wiederholen: Das Ergebnis des Wettstreits der kommenden Wahlen ist keinesfalls entschieden. Es wird von der Fähigkeit der einzelnen Kräfte abhängen, auf die sich verändernden Gegebenheiten zu reagieren.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

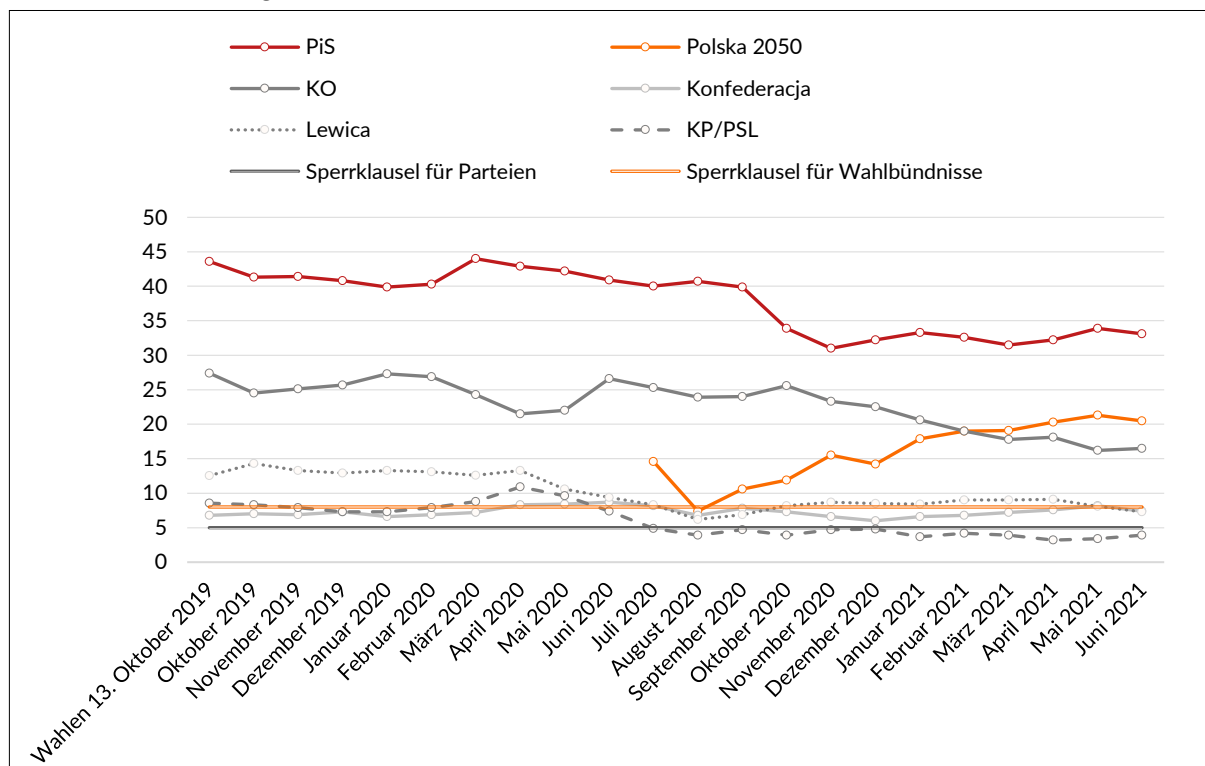
Über den Autor

Prof. Dr. habil. Jarosław Flis ist Soziologe am Institut für Journalistik, Medien und gesellschaftliche Kommunikation der Jagiellonen-Universität in Krakau (Uniwersytet Jagielloński w Krakowie). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Wahlverhalten und gesellschaftliche Kommunikation. Er verfasst regelmäßig Kommentare zur politischen Lage für die Medien in Polen.

UMFRAGEN

Bewertungen der Tätigkeit von Fraktionen, Parlament und Präsident

Grafik 1: Zustimmung für die Fraktionen (%), Oktober 2019–Juni 2021



	Wahlen 13. Oktober 2019	Oktober 2019	November 2019	Dezember 2019	Januar 2020	Februar 2020	März 2020	April 2020	Mai 2020	Juni 2020	Juli 2020
PiS	43,59	41,3	41,4	40,8	39,9	40,3	44	42,9	42,2	40,9	40
Polska 2050											14,6
KO	27,4	24,5	25,1	25,7	27,3	26,9	24,3	21,5	22	26,6	25,3
Konfederacja	6,81	7	6,9	7,3	6,6	6,9	7,2	8,3	8,4	8,7	8,2
Lewica	12,56	14,3	13,3	12,9	13,3	13,1	12,6	13,3	10,6	9,4	8,3
KP/PSL	8,55	8,3	7,9	7,3	7,3	7,9	8,8	10,9	9,6	7,4	4,9

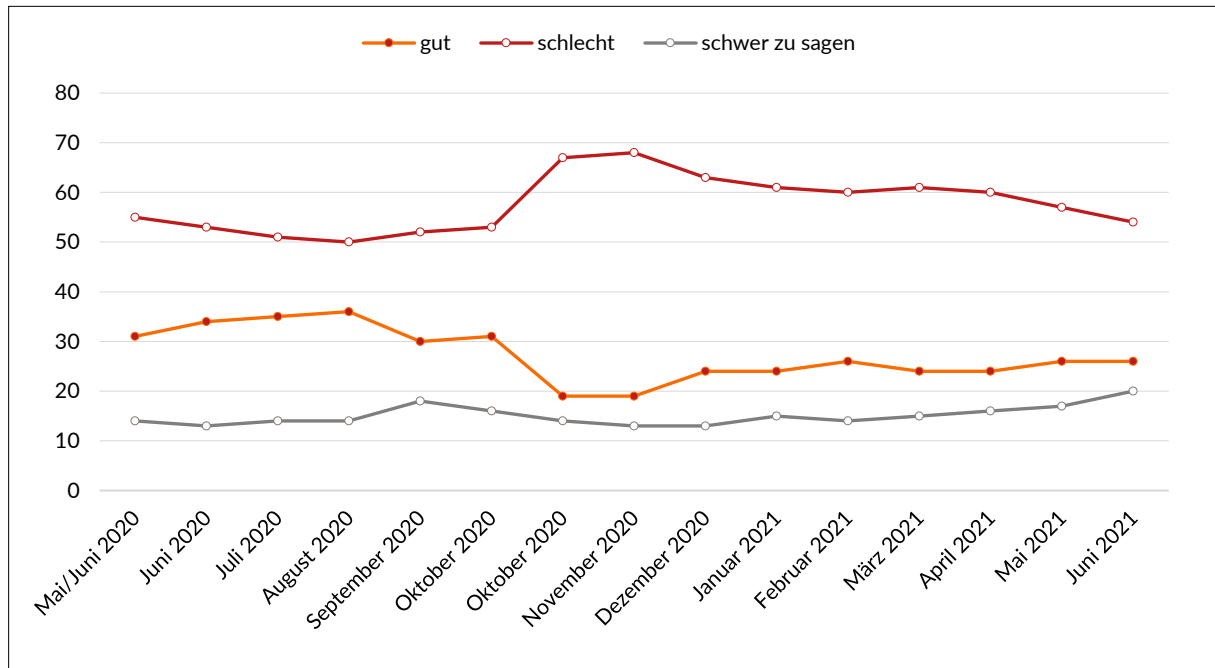
	August 2020	September 2020	Oktober 2020	November 2020	Dezember 2020	Januar 2021	Februar 2021	März 2021	April 2021	Mai 2021	Juni 2021
PiS	40,7	39,9	33,9	31	32,2	33,3	32,6	31,5	32,2	33,9	33,1
Polska 2050	7,4	10,6	11,9	15,5	14,2	17,9	19	19,1	20,3	21,3	20,5
KO	23,9	24	25,6	23,3	22,5	20,6	19	17,8	18,1	16,2	16,5
Konfederacja	6,8	7,8	7,3	6,6	6	6,6	6,8	7,2	7,6	8,2	7,4
Lewica	6,2	6,9	8,2	8,7	8,5	8,4	9	9	9,1	8,1	7,3
KP/PSL	3,9	4,7	3,9	4,7	4,8	3,7	4,2	3,9	3,2	3,4	3,9

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit [dazu gehören: PiS; Porozumienie/Verständigung; Solidarna Polska/Solidarisches Polen; Partia Republikańska/Republikanische Partei]; Polska 2050 Szymona Hołowni/Polen 2050 von Szymon Hołownia; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition [dazu gehören: PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne; Inicjatywa Polska/Initiative Polen; Zieloni/Die Grünen]; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Die Linke [dazu gehören: Nowa Lewica/Neue Linke; PPS – Polska Partia Socjalistyczna/Polnische Sozialistische Partei; Razem/Gemeinsam; Wiosna Roberta Biedronia/Frühling von Robert Biedroń]; KP/PSL – Koalicja Polska/Polnische Koalition/Polnische Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei [dazu gehören: PSL; UED – Unia Europejskich Demokratów/Union der Europäischen Demokraten; Konserwatyści/Die Konservativen]

Sperrklausel für Parteien: 5 %; Sperrklausel für Wahlbündnisse: 8 %

Quelle: ewyborcy.eu Sondaże/Polna (abgerufen am 02.07.2021).

Grafik 2: Bewertungen der Tätigkeit des Sejm, Mai/Juni 2020–Juni 2021 (%)

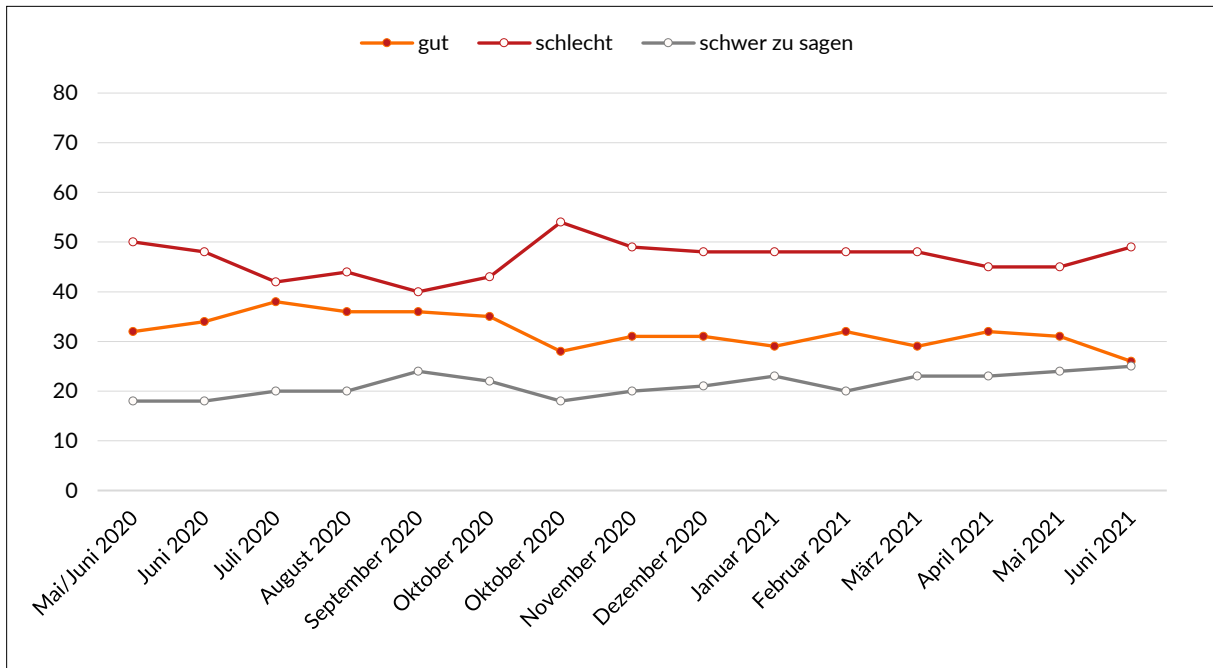


	Mai/Juni 2020	Juni 2020	Juli 2020	August 2020	September 2020	Oktober 2020	Oktober 2020	November 2020
gut	31	34	35	36	30	31	19	19
schlecht	55	53	51	50	52	53	67	68
schwer zu sagen	14	13	14	14	18	16	14	13

	Dezember 2020	Januar 2021	Februar 2021	März 2021	April 2021	Mai 2021	Juni 2021
gut	24	24	26	24	24	26	26
schlecht	63	61	60	61	60	57	54
schwer zu sagen	13	15	14	15	16	17	20

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

Grafik 3: Bewertungen der Tätigkeit des Senats, Mai/Juni 2020–Juni 2021 (%)

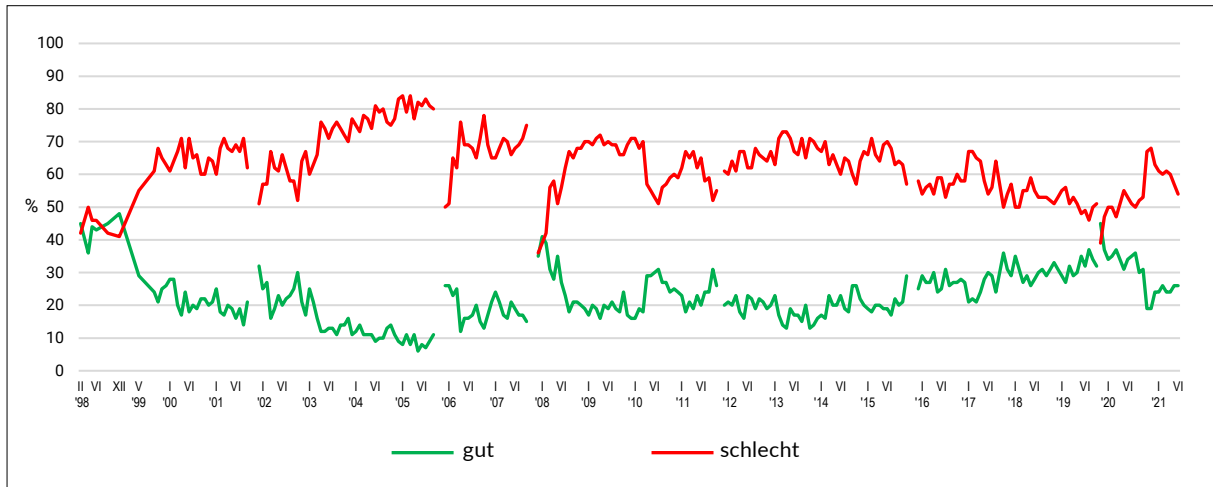


	Mai/Juni 2020	Juni 2020	Juli 2020	August 2020	September 2020	Oktober 2020	Oktober 2020	November 2020
gut	32	34	38	36	36	35	28	31
schlecht	50	48	42	44	40	43	54	49
schwer zu sagen	18	18	20	20	24	22	18	20

	Dezember 2020	Januar 2021	Februar 2021	März 2021	April 2021	Mai 2021	Juni 2021
gut	31	29	32	29	32	31	26
schlecht	48	48	48	48	45	45	49
schwer zu sagen	21	23	20	23	23	24	25

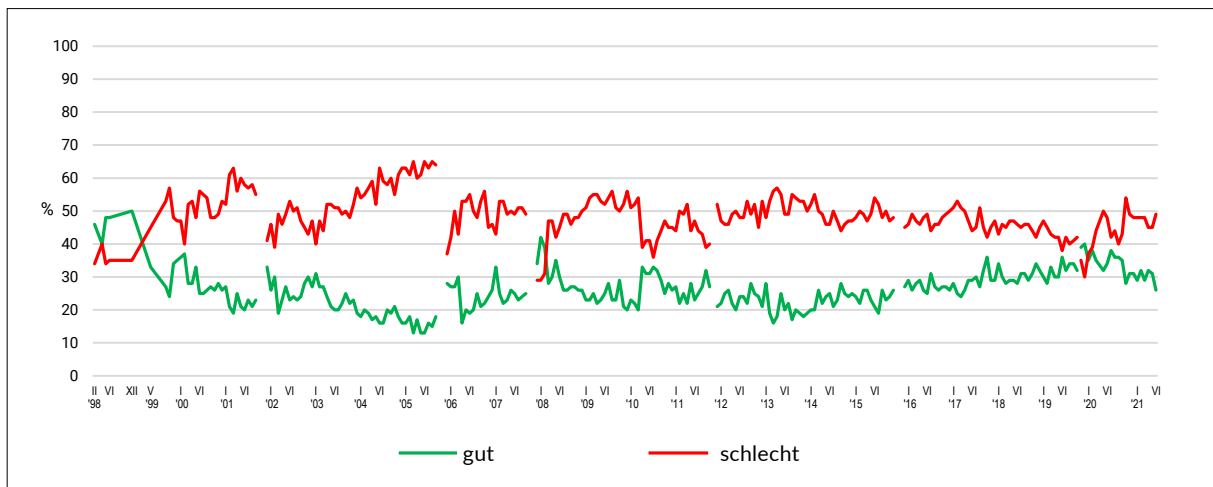
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

Grafik 4: Bewertungen der Tätigkeit des Sejm, Februar 1998–Juni 2021



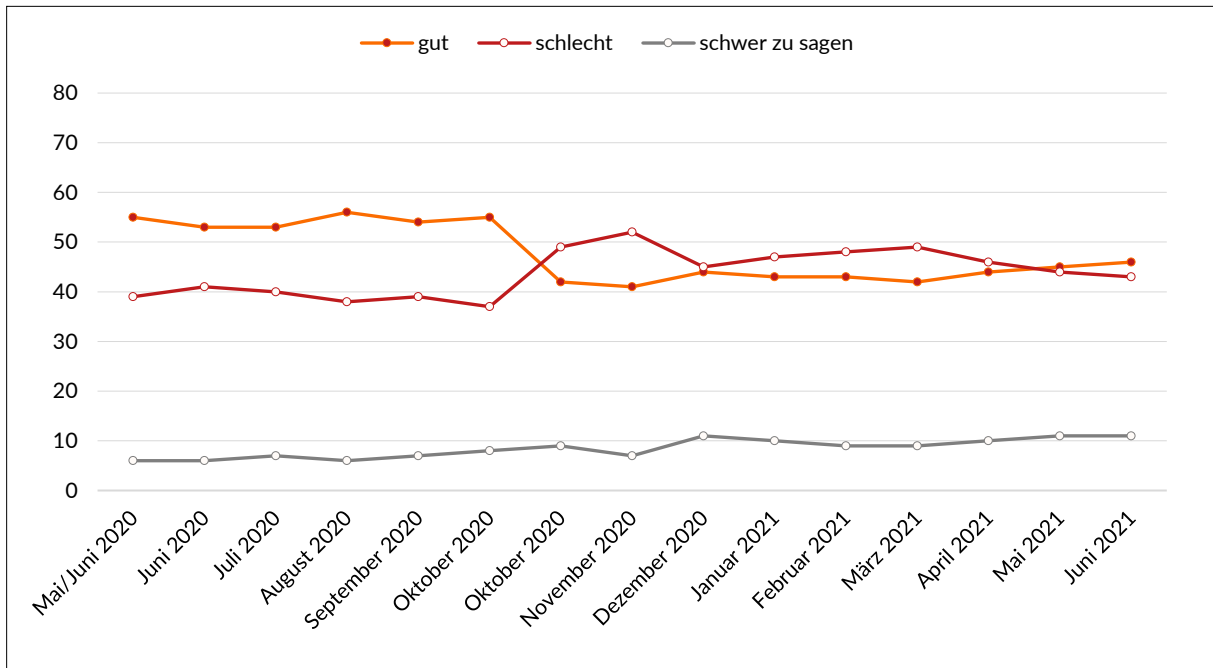
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

Grafik 5: Bewertungen der Tätigkeit des Senats, Februar 1998–Juni 2021



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

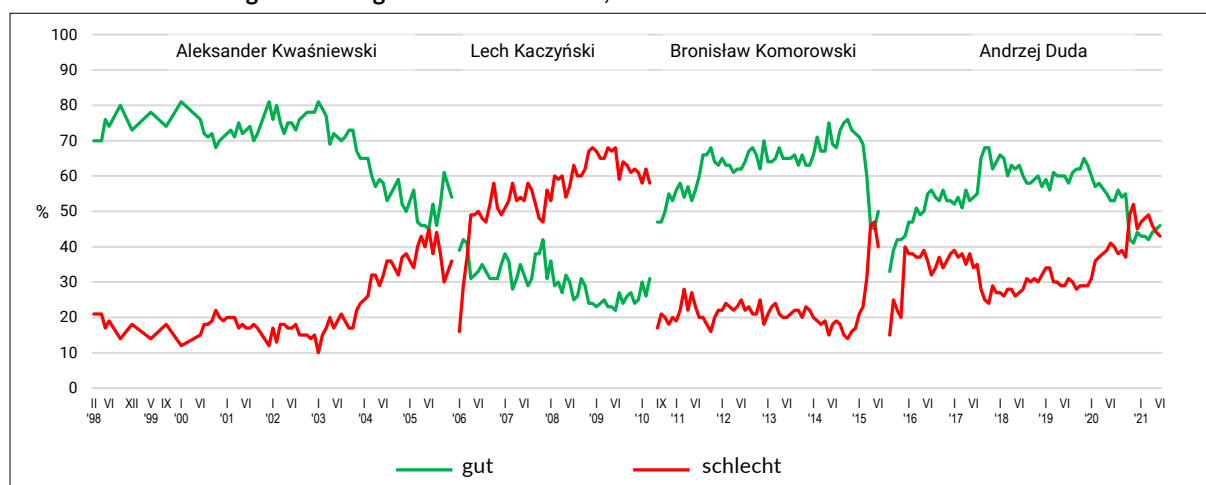
Grafik 6: Bewertungen der Tätigkeit des Präsidenten, Mai/Juni 2020–Juni 2021 (%)



	Mai/Juni 2020	Juni 2020	Juli 2020	August 2020	September 2020	Oktober 2020	Oktober 2020	November 2020
gut	55	53	53	56	54	55	42	41
schlecht	39	41	40	38	39	37	49	52
schwer zu sagen	6	6	7	6	7	8	9	7

	Dezember 2020	Januar 2021	Februar 2021	März 2021	April 2021	Mai 2021	Juni 2021
gut	44	43	43	42	44	45	46
schlecht	45	47	48	49	46	44	43
schwer zu sagen	11	10	9	9	10	11	11

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

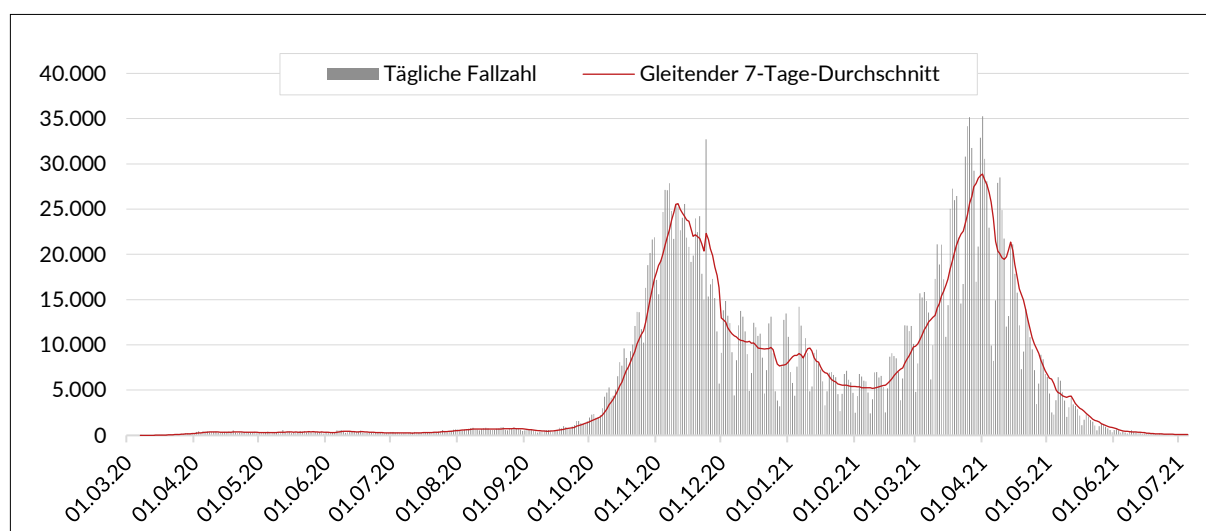
Grafik 7: Bewertungen der Tätigkeit des Präsidenten, Februar 1998–Juni 2021

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 73/2021: Oceny działalności parlamentu i prezydenta [Bewertungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 06/2021. www.cbos.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen (Stand: 05. Juli 2021)

Die Covid-19-Statistik wird künftig eingestellt. Interessierte Leser_innen können sich über den Verlauf der Covid-19-Pandemie in Polen unter Verwendung entsprechender Filter auf folgenden Seiten im Internet informieren: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv, https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv und https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/vaccinations/country_data.

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (15. Juni – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)

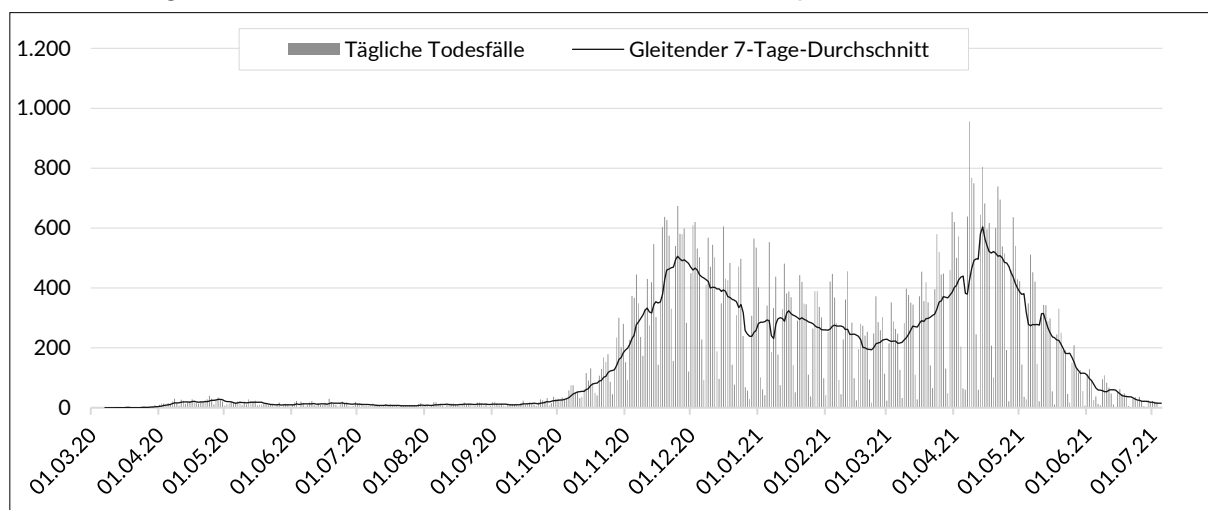
Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
15.06.21	2.877.819	211
16.06.21	2.878.061	242
17.06.21	2.878.276	215
18.06.21	2.878.466	190
19.06.21	2.878.634	168
20.06.21	2.878.767	133
21.06.21	2.878.840	73
22.06.21	2.879.030	190
23.06.21	2.879.192	162
24.06.21	2.879.336	144
25.06.21	2.879.470	134

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
26.06.21	2.879.569	99
27.06.21	2.879.638	69
28.06.21	2.879.689	51
29.06.21	2.879.811	122
30.06.21	2.879.912	101
01.07.21	2.880.010	98
02.07.21	2.880.107	97
03.07.21	2.880.215	108
04.07.21	2.880.270	55
05.07.21	2.880.308	38

Für die Zahlen vom 01.03.2020–14.06.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–277.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (15. Juni – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)

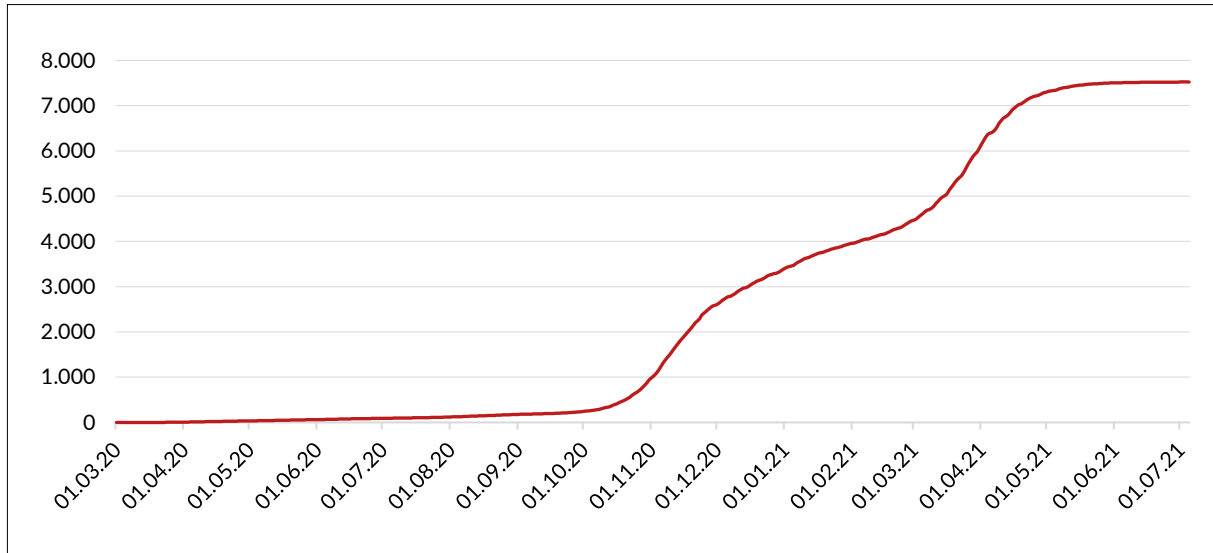
Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
15.06.21	74.626	52
16.06.21	74.688	62
17.06.21	74.734	46
18.06.21	74.782	48
19.06.21	74.823	41
20.06.21	74.828	5
21.06.21	74.829	1
22.06.21	74.858	29
23.06.21	74.893	35
24.06.21	74.917	24
25.06.21	74.953	36

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
26.06.21	74.974	21
27.06.21	74.979	5
28.06.21	74.979	0
29.06.21	75.005	26
30.06.21	75.021	16
01.07.21	75.044	23
02.07.21	75.065	21
03.07.21	75.083	18
04.07.21	75.084	1
05.07.21	75.085	1

Für die Zahlen vom 19.03.2020–14.06.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –277.

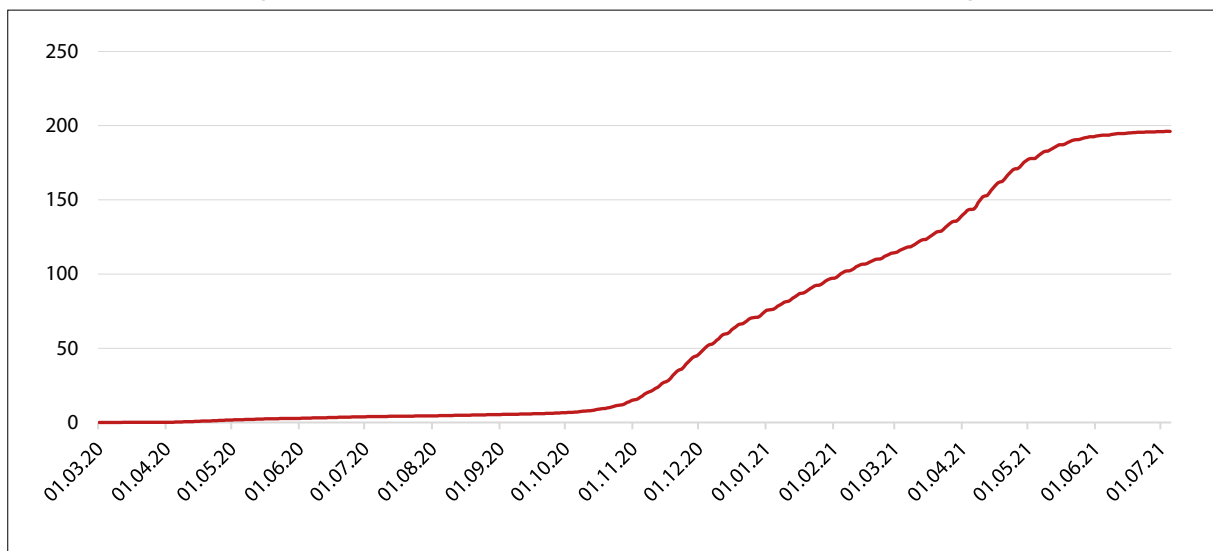
Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen
(Fälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)



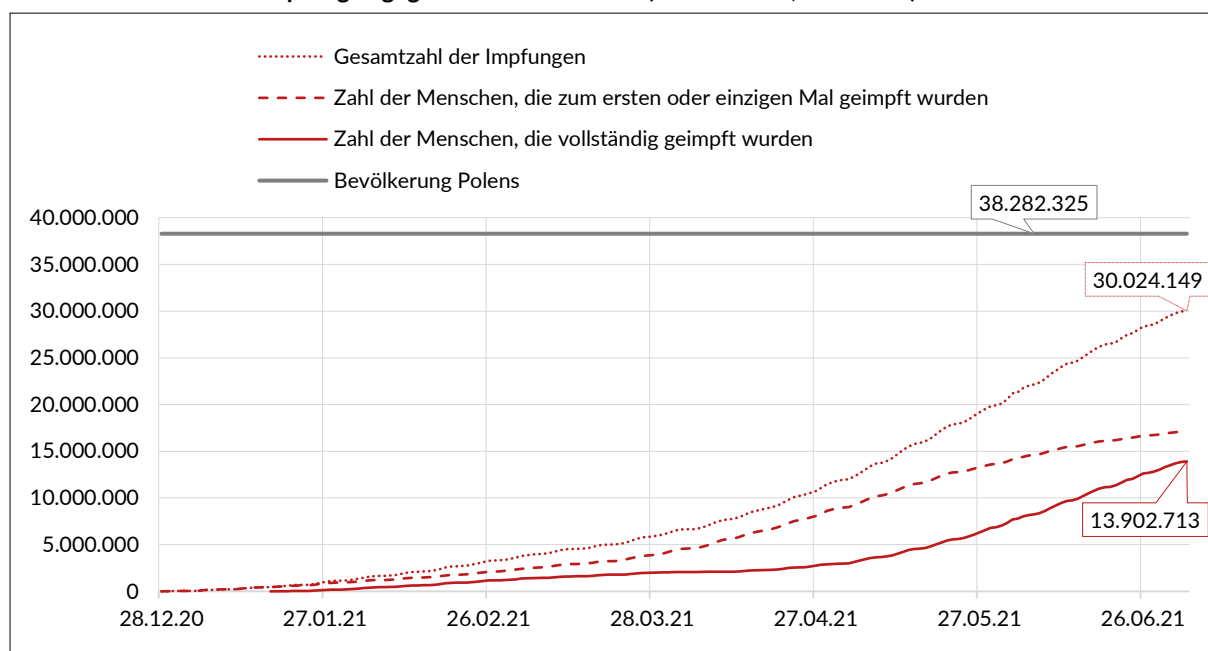
Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 in Polen
(Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 05. Juli 2021, Johns-Hopkins-Universität)

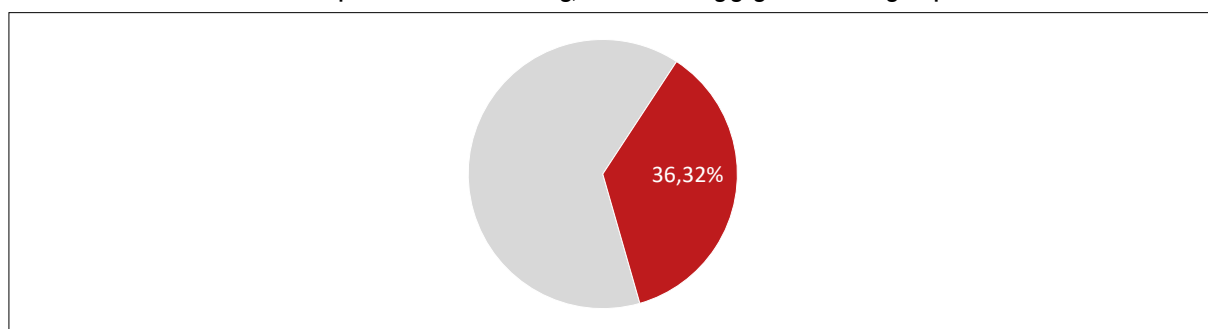


Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.07.2021, 17:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

Grafik 5: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in Polen (05. Juli 2021, 10:29 Uhr)



Anteil der polnischen Bevölkerung, der vollständig gegen Covid-19 geimpft ist



Verwendete Impfstoffe: Johnson&Johnson, Moderna, Oxford/AstraZeneca, Pfizer/BioNTech

Quellen: https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/vaccinations/country_data, unter Verwendung von Daten von <https://next.gazeta.pl/next/7,173953,26642987,wiemy-ile-osob-zaszczepiono-przeciw-covid-19-w-niedziele-rzecznik.html>, <https://wiadomosci.radiozet.pl/Koronawirus/Koronawirus-w-Polsce.-Trzeci-dzien-szczepien-przeciw-Covid-19.-Zaszczepili-sie-Grodzki-i-Karczewski>, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1344557383499055104, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1344923704799719424, <https://tvn24.pl/polska/szczepienia-ile-osob-zaszczepiono-w-polsce-przeciw-covid-19kiedy-szczepienia-osob-z-kolejnej-grupy-1-4919939>, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346074068798332929, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346396023334133770, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346760607622684673, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1347120797895294976, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1347472053063081984>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1347840116090408960>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348196682756993025>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348564252215402498>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348930712859242496>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1349284555627388928>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1349646581092519936> und <https://www.gov.pl/web/szczepimysie/raport-szczepien-przeciwko-covid-19>; Einwohnerzahl: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/poland/>

Grafik 6: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (05. Juli 2021, 10.30 Uhr)



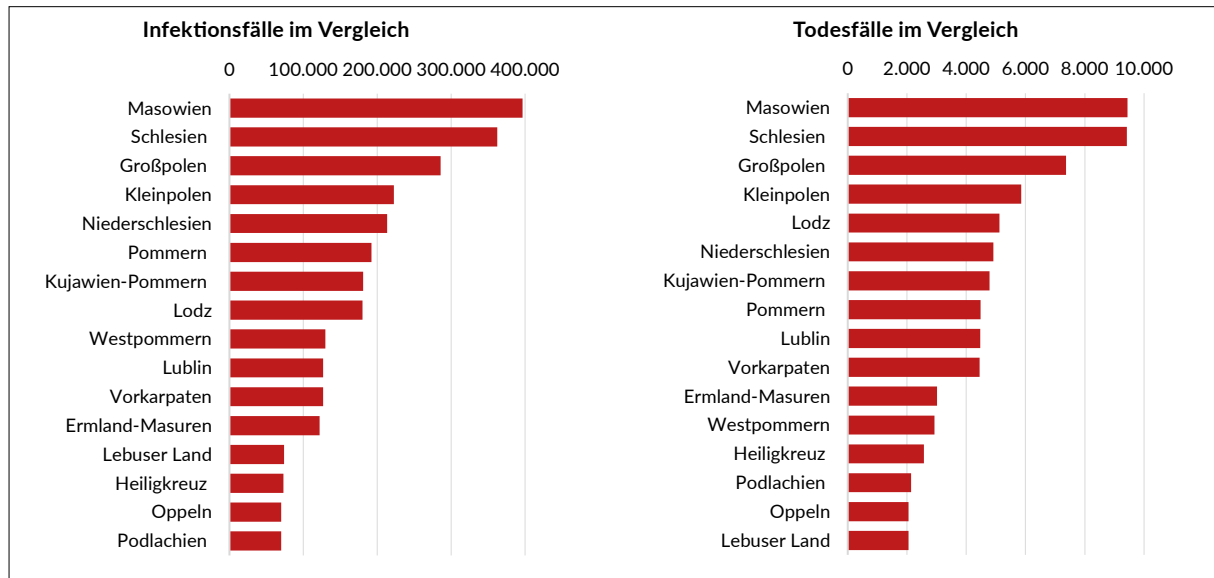
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-5-lipca-2021-4344739> (abgerufen am 05.07.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 7: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (05. Juli 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-5-lipca-2021-4344739> (abgerufen am 05.07.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 8: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (05. Juli 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-5-lipca-2021-4344739> (abgerufen am 05.07.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (05. Juli 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	121.898	3.008
Großpolen (wielkopolskie)	285.643	7.363
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	73.045	2.567
Kleinpolen (małopolskie)	222.666	5.850
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	181.000	4.781
Lebuser Land (lubuskie)	74.028	2.047
Lodz (łódzkie)	180.123	5.118
Lublin (lubelskie)	126.910	4.467
Masowien (mazowieckie)	396.646	9.439
Niederschlesien (dolnośląskie)	213.217	4.910
Oppeln (opolskie)	69.956	2.051
Podlachien (podlaskie)	69.917	2.143
Pommern (pomorskie)	192.340	4.479
Schlesien (śląskie)	362.489	9.416
Vorkarpaten (podkarpackie)	126.553	4.449
Westpommern (zachodniopomorskie)	129.897	2.928

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-5-lipca-2021-4344739> (abgerufen am 05.07.2021)

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 15. Juni – 05. Juli 2021

15.06.2021	Andrzej Grzegorzółka, Leiter des Informationszentrums des Sejm, kündigt an, dass ab dem nächsten Tag keine Beschränkungen mehr bei der Akkreditierung der Medien im Parlament gelten. Man kehre zu den Arbeitsbedingungen vor der Corona-Pandemie zurück. Infolge der Pandemie war seit dem vergangenen Jahr die Anzahl der Medienvertreter beschränkt, die im Sejm anwesend sein durften.
16.05.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt, repräsentativen Untersuchungen zufolge würden 60 % der Bevölkerung in Polen Antikörper gegen Covid-19 aufweisen. Vom Erreichen einer Herdenimmunität wird ab 70 % gesprochen. Für den Fall einer möglichen vierten Corona-Infektionswelle im Herbst werde in den Sommerferien damit begonnen, mehr medizinisches Personal im Umgang mit Beatmungsgeräten zu schulen.
17.06.2021	Die Kanzlei des Ministerpräsidenten teilt mit, dass Polen 20 % der Zuteilung des Corona-Impfstoffs des britisch-schwedischen Pharmakonzerns AstraZeneca den Ländern des Westbalkans, der Ukraine, Georgien und Belarus zum Kauf angeboten hat.
18.06.2021	Nach Angaben der Kanzlei des Ministerpräsidenten konnten durch Hilfsmaßnahmen der Regierung seit Beginn der Corona-Pandemie 7,4 Mio. Arbeitsplätze in Polen unterstützt werden. Die Unternehmen erhielten insgesamt 224 Mrd. Zloty.
22.06.2021	Der Sprecher des Gesundheitsministeriums Wojciech Andrusiewicz teilt mit, dass bisher 90 Corona-Infektionen mit der hoch ansteckenden Virusmutante Delta in Polen nachgewiesen wurden. Der erste Fall wurde vor anderthalb Monaten festgestellt.
23.06.2021	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz geben der stellvertretende Gesundheitsminister Waldemar Kraska und Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk bekannt, dass aufgrund der Mutanten des Corona-Virus ab dem nächsten Tag wieder eine zehntägige Quarantäne für Reisende gilt, die aus Ländern außerhalb des Schengenraums und des Europäischen Wirtschaftsraums nach Polen einreisen. Geimpfte fallen nicht unter die Quarantäneregelung. Auf nicht unbedingt notwendige Reisen solle verzichtet werden.
25.06.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass ab heute Personen, die noch nicht geimpft wurden, vom Callcenter des Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) angerufen werden und für sie direkt ein Impftermin reserviert werden kann. Er gehe von knapp einer Million Anrufe aus, so Niedzielski.
29.06.2021	Präsident Andrzej Duda verleiht in Warschau 140 Personen aus dem medizinischen Bereich staatliche Auszeichnungen für besondere Verdienste bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.
29.06.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt auf einer Pressekonferenz, dass in der zweiten Augusthälfte eine vierte Corona-Infektionswelle auftreten kann. In diesem Fall werde die Regierung die Schutzmaßnahmen von der Anzahl der Geimpften in den betreffenden Regionen abhängig machen. Bisher seien die Maßnahmen an der Anzahl der Infizierten ausgerichtet gewesen.
30.06.2021	Nach Angaben der Tageszeitung »Dziennik Gazeta Prawna« verringert sich seit ca. zwei Wochen in Polen das Impftempo. Knapp 34 % der Polen sind vollständig gegen das Corona-Virus geimpft (EU: 32 %). Polen belegt damit den achten Platz in der EU und Platz 36 weltweit.
01.07.2021	Die Abteilung für Digitalisierung der Kanzlei des Ministerpräsidenten teilt mit, dass seit der Ausstellung des digitalen Covid-Zertifikates der Europäischen Union, die in Polen am 21. Juni begann, 1,64 Mio. Personen das Zertifikat angefordert haben. Das Zertifikat ist ein digitaler Nachweis dafür, dass der Betreffende gegen Covid geimpft wurde, von Corona genesen ist oder negativ getestet wurde.
02.07.2021	Auf einer Pressekonferenz in Lublin sagt Gesundheitsminister Adam Niedzielski, es brauche einen neuen Impuls bei der Werbung für Impfungen gegen Covid-19. Hier könne man die Autorität der Kirche nutzen. Aktuell fänden dazu Gespräche mit Vertretern der Kirche statt.
05.07.2021	Dariusz Joński und Michał Szczerba, Abgeordnete der Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sie von der Staatsanwaltschaft über die Einstellung der Untersuchung zu eventuellen Verstößen beim Kauf von Beatmungsgeräten durch das Gesundheitsministerium unter dem damaligen Gesundheitsminister Łukasz Szumowski informiert wurden. Es handelt sich dabei um einen Kaufvertrag mit der Firma E & K aus Lublin von April 2020 über mehr als 1.200 Beatmungsgeräte für Covid-19-Patienten, von denen nur 200 geliefert wurden, während die Regierung bereits drei Viertel der Kaufsumme gezahlt hatte. Joński und Szczerba führen zu dem Vorfall eine sog. Abgeordnetenkontrolle durch.

Meldungen zur Covid-19-Pandemie werden künftig in die allgemeine Chronik der Polen-Analysen aufgenommen. Auf der Webseite der Länder-Analysen können Einträge zum Thema über die Suchfunktion, Stichwort »Corona« bzw. »Covid-19«, gefunden werden.

CHRONIK

15. Juni – 05. Juli 2021

15.06.2021	Der Sejm wählt Lidia Staroń mit 231 Stimmen zur Bürgerrechtsbeauftragten. Sie wurde von der Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorgeschlagen. Marcin Wiącek erhält 222 Stimmen. Er ist der Gegenkandidat der oppositionellen Fraktionen und Parteien Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Polnische Koalition-Polnische Bauernpartei (Koalicja Polska –KP/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Die Linke (Lewica), Polen 2050 (Polska 2050), Polnische Angelegenheiten (Polskie Sprawy) sowie unabhängiger Abgeordneter. Unterstützt wurde er auch von einigen Parlamentariern des Regierungspartners Verständigung (Porozumienie). Die Wahl muss noch vom Senat bestätigt werden. Daran war die Wahl der Bürgerrechtsbeauftragten in letzter Zeit viermal gescheitert.
16.06.2021	Regierungssprecher Piotr Müller teilt mit, dass Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, im Amt bleibt. Es lägen keine Verletzungen der rechtlichen Vorgaben für geheime Informationen vor. In der vergangenen Woche hat Dworczyk bekannt gegeben, dass sein E-Mail-Account und seine Konten in den sozialen Medien gehackt worden seien, ebenso wie die seiner Ehefrau. Er gab an, dass sich darunter keine E-Mails mit geheimen Inhalten befunden hätten. Die Tat müsse in den Kontext der »Desinformation« eingeordnet werden, weshalb sich die polnischen Geheimdienste mit der Angelegenheit befassen.
17.06.2021	Aus Anlass der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vor 30 Jahren wird Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier von Präsident Andrzej Duda zu einem offiziellen Besuch in Warschau empfangen. Betont wird die Freundschaft zwischen beiden Ländern, darüber hinaus werden auch unerledigte Punkte angesprochen. Duda nennt hier die Förderung der polnischen Sprache in Deutschland und die Bereitstellung finanzieller Mittel dafür von deutscher Seite.
18.06.2021	Der Senat lehnt mit 51 Stimmen (45 Ja-Stimmen, drei Enthaltungen) die Berufung der unabhängigen Senatorin Lidia Staroń in das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten ab. Sie wurde Anfang der Woche vom Sejm gewählt und ist die Kandidatin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die Berufung des Bürgerrechtsbeauftragten ist damit zum fünften Mal gescheitert.
19.06.2021	In Warschau nehmen mehrere Tausend Menschen an der »Gleichheitsparade« teil. Die Schirmherrschaft hat Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), übernommen. Die Teilnehmenden demonstrieren für eine aktive Antidiskriminierungspolitik, für die Erweiterung der rechtlichen Regelungen zur Hassrede um die Aspekte geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung sowie für das Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare.
20.06.2021	Adam Bielan, der im Februar nach einem parteiinternen Streit aus der Partei Verständigung (Porozumienie) ausgeschlossen wurde, kündigt auf dem »Republikanischen Kongress« die Gründung der Republikanischen Partei (Partia Republikańska) an. Verständigung ist Partner in der Regierungskoalition Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica). Im Zentrum der Republikanischen Partei sollen die individuelle, nationale und wirtschaftliche Freiheit stehen, außerdem sollen die traditionelle Familie geschützt und polnische Produkte gestärkt werden. Die Republikanische Partei soll Teil der Regierungskoalition sein.
21.06.2021	In einem Interview für das Wochenmagazin »Wprost« sagt Michał Dworczyk, Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, die Untersuchungen der polnischen Behörden hätten ergeben, dass die Hackerangriffe auf sein privates E-Mail-Konto Mitte Juni vom Gebiet der Russischen Föderation ausgeführt worden seien. Das Ziel sei gewesen, die politische Lage in Polen zu destabilisieren. Dworczyk betont, in seinem E-Mail-Account hätten sich keine dienstlichen geheimen E-Mails befunden.
23.06.2021	Waldemar Buda, stellvertretender Entwicklungsminister, kündigt in einem Radiointerview an, dass im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialprogramms »Neue Ordnung« (Nowy Ład) ab dem 1. Januar 2022 der Steuerfreibetrag 30.000 Zloty betragen wird.
24.06.2021	Der Sejm verabschiedet eine Gesetzesnovelle, die auf ein Urteil des Verfassungstribunals im Jahr 2015 zurückgeht. Demnach kann eine Verwaltungsentscheidung nach Ablauf von 30 Jahren nicht mehr infrage gestellt werden. Als Reaktion darauf schreibt der Außenminister Israels, Yair Lapid, im Nachrichtendienst »Twitter«, die Novelle verhindere die Rückgabe jüdischen Eigentums bzw. eine Entschädigung für die Opfer des Holocaust. Auch die Botschaft der USA in Polen kritisiert die Entscheidung des Sejm.
25.06.2021	Das US-Außenministerium ruft Polen dazu auf, die weiteren Arbeiten an der am Vortag im Sejm verabschiedeten Gesetzesnovelle einzustellen. Die Entscheidung am Vortag sei ein Schritt in die falsche Richtung. Angelegenheiten von Entschädigungen für Verluste infolge des Holocaust sollten gelöst werden, um allen Opfern Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewähren, heißt es in der Erklärung. Die Novelle legt fest, dass eine Verwaltungsentscheidung nach Ablauf von 30 Jahren nicht mehr infrage gestellt werden kann.

25.06.2021	In einer Stellungnahme bekräftigt das Außenministerium, dass die vom Sejm am Vortag verabschiedete Gesetzesnovelle nicht die Möglichkeiten einschränke, auf zivilrechtlichem Wege Entschädigungen einzuklagen. Dabei sei die Staatsangehörigkeit oder Herkunft des Klägers ohne Belang. Hintergrund ist die Kritik Israels an der Gesetzesnovelle. Die Novelle legt fest, dass eine Verwaltungsentscheidung nach Ablauf von 30 Jahren nicht mehr infrage gestellt werden kann.
25.06.2021	Die Abgeordneten Arkadiusz Czaratoryski, Zbigniew Girzyński und Małgorzata Janowska geben auf einer Pressekonzferenz bekannt, die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) verlassen zu haben und den Abgeordnetenkreis »Wahl Polen« (Wybór Polska) zu gründen. Ein Grund dafür sei die Energiepolitik der Regierung, so Janowska. Die Fraktion der PiS zählt nun noch 229 Stimmen und stellt nicht mehr die absolute Mehrheit im Sejm.
26.06.2021	In einer Stellungnahme verurteilt Sejm marschallin Elżbieta Witek die Reaktionen der USA und Israels auf die Verabschiedung der Gesetzesnovelle am 24. Juni im Sejm als unberechtigte Einmischung. Es werde Druck auf die polnische Politik ausgeübt. Sie hoffe auf die Unterstützung der USA und Israels, wenn Polen Entschädigungsansprüche gegen Deutschland für Verluste infolge des Zweiten Weltkrieges geltend mache.
28.06.2021	Das Statistische Institut der Katholischen Kirche in Polen stellt einen Bericht über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen in der katholischen Kirche Polens vor. In der Zeit vom 1. Juli 2018 bis 31. Dezember 2020 gingen bei den Diözesen und Männerorden 368 Meldungen ein, die die Jahre 1958 bis 2020 betreffen. 51 % der Fälle werden aktuell untersucht, 39 % wurden bestätigt oder gelten als glaubwürdig, 10 % werden als unglaubwürdig bewertet.
29.06.2021	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, spricht sich in einem Interview mit »TV Republika« dafür aus, der »Pädagogik der Scham«, die 20 Jahre lang in Medien und kulturellen Einrichtungen in Polen angewendet worden sei, mehr Bildung über die jüngste Geschichte Polens entgegenzusetzen. Dies solle durch eine Bildungsreform gewährleistet werden.
30.06.2021	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die letzten Soldaten der polnischen Streitkräfte vom beendeten NATO-Einsatz in Afghanistan zurückgekehrt sind. An dem knapp 20 Jahre dauernden Einsatz waren mehr als 33.000 Soldaten und Beschäftigte des Verteidigungsressorts beteiligt.
01.07.2021	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, setzt das Programm »Wissenschaft für die Gesellschaft« ein, das die Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft und Gesellschaft fördern soll. Für Projekte können Kosten zwischen 100.000 und 2 Mio. Złoty für einen Zeitraum von zwei Jahren beantragt werden.
02.07.2021	Der Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, unterzeichnet eine »Erklärung zur Zukunft Europas«, in der zu einer Reform der Europäischen Union unter Aufrechterhaltung der Idee der souveränen Nationalstaaten aufgerufen wird. Abgelehnt wird, dass die europäischen Institutionen den nationalen Gremien übergeordnet sind. Außerdem wird auf gemeinsame europäische Werte wie die jüdisch-christliche Tradition verwiesen sowie angesichts des demographischen Wandels in Europa auf die Bedeutung der traditionellen Familie, die gestärkt werden soll, und nicht die Immigration nach Europa. Laut Bekanntmachung der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer des Europäischen Parlaments, der die PiS angehört, ist die Erklärung eine Antwort auf die am selben Tag beginnende »Konferenz zur Zukunft Europas« in Straßburg (die vom Parlament, dem Rat und der Kommission der Europäischen Union ausgerichtet wird) und wird auch von den Parteivorsitzenden Santiago Abascal (Vox/Spanien), Marine Le Pen (Rassemblement National/Frankreich), Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia/Italien), Viktor Orbán (Fidesz/Ungarn), Matteo Salvini (Lega/Italien) sowie Vertretern rechts-konservativer Parteien weiterer EU-Länder unterzeichnet.
03.07.2021	Der Landesrat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wählt Donald Tusk, Europaabgeordneter und Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), zum neuen PO-Parteichef. Er wird außerdem einer von vier Vizevorsitzenden der PO. Tusk war vorher PO-Ministerpräsident Polens (2007–14) und Präsident des Europäischen Rates (2014–19). Der bisherige PO-Vorsitzende, Borys Budka, tritt zurück und wird zum Vizevorsitzenden gewählt. Für die neuen stellvertretenden Vorsitzenden verzichten die Vizevorsitzenden Ewa Kopacz und Bartosz Arłukowicz auf ihr Amt.
03.07.2021	Auf dem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wählt der neu gewählte Politische Rat erneut Jarosław Kaczyński zum Parteivorsitzenden der PiS.
04.07.2021	Der Politische Rat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wählt die stellvertretenden Parteivorsitzenden der PiS: Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Innenminister Mariusz Kamiński sowie den Sejm-Abgeordneten Antoni Macierewicz und die EU-Parlamentarier Beata Szydło und Joachim Brudziński.

04.07.2021	In Warschau wird auf dem Parteitag der Konföderation (Konfederacja) das neue Parteiprogramm »Polen neu« (»Polska na nowo«) vorgestellt. Es umfasst die Forderung nach Streichung von 15 Steuern (u. a. der Zuckersteuer), niedrigeren Preisen für Wohnungen, Strom und Abfallentsorgung, weniger Bürokratie für die Schulen, mehr Wahlmöglichkeiten für Patienten im Gesundheitsbereich und einer »Landwirtschaft ohne Ideologie«. Für die Ferienzeit kündigt die Konföderation Veranstaltungen an touristischen Orten in Polen an.
05.07.2021	Nach aktuellen Schätzungen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wird das Wirtschaftswachstum in Polen in diesem Jahr 5 % betragen; für das nächste Jahr wird von 4,8 % ausgegangen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>